

Glasnost und Perestroika : Perspektiven der Hoffnung für die Kirchen und ihre Basis

Autor(en): **Zademach, Wieland**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **82 (1988)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143389>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Glasnost und Perestroika

Perspektiven der Hoffnung für die Kirchen und ihre Basis

Glasnost und Perestroika, diese beiden «Schlagworte des Jahres 1987» bestimmen auch in diesen Wochen und Monaten zwischen den beiden «Weltgipfeln» – dem hinter uns liegenden von Washington und dem vor uns liegenden von Moskau – weitgehend die politische Berichterstattung in den Medien. Der Prozess einer transparenten Umgestaltung ist in der Tat irreversibel, wenn er denn einen Sinn haben soll. Mir scheint es darum an der Zeit, endlich einmal nachzusehen, welche theologiegeschichtlichen Beziehungen, Implikationen und Perspektiven sich mit diesem Prozess verbinden.

Nach Auffassung eines Wissenschaftlers aus dem seinerzeitigen «Prager Frühling» bedeutet Gorbatschows Politik «ein Verhältnis ohne administrative Schikanen, eine wirkliche religiöse Freiheit für die Christen, die es ihnen möglich macht, zur dynamischen Geschichte und zum Sozialismus hin ‚offen‘ zu bleiben». In der zu erwartenden vollen religiösen Freiheit werde es möglich sein, die schwere Vergangenheit zu überwinden und eine neue menschliche Zukunft zu bauen. «Wir sind vorbereitet, unsere unbeeendete Arbeit des Jahres 1968 in diesem Sinne – vielleicht in relativ kurzer Zeit – endlich theoretisch-praktisch zu beenden.»¹ Wenn diese «prophetische Hoffnung» auch noch ein wenig utopisch anmuten mag, so gibt es doch eindeutig festzumachende Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte – insbesondere in der UdSSR und in der DDR –, die im folgenden nachgezeichnet werden sollen: Sie bilden den Nährboden für Glasnost und Perestroika auch im Hinblick auf Kirche und christlichen Glauben, da-

mit das Fundament der Hoffnung auf einen neuen «Geist, der lebendig macht und in alle Wahrheit führt» (Johannes-Evangelium).

Entwicklung in der marxistischen Religionswissenschaft der UdSSR

Gleichsam hinter den Kulissen der offiziellen Sowjetdoktrin mit ihrem dogmatischen Atheismus lassen sich innerhalb der marxistischen Religionswissenschaft Tendenzen zu einer differenzierteren Betrachtungsweise feststellen. Die praktischen Erfahrungen des politischen Alltags in den sozialistischen Ländern haben zu neuen und intensiven Untersuchungen über das Phänomen Religion Anlass gegeben. Dieser seit etwa 1964 bemerkbare Umschwung ist Teil eines umfassenderen philosophischen Umdenkens, das den Menschen als Person mit sozialen wie auch individuellen Zügen wahrnimmt.

Wurzeln der Religion

Unter dem Eindruck, dass Religion auch nach mehreren Jahrzehnten sozialistischer Gesellschaftsordnung noch immer existiert, ist in jüngster Zeit eine eingehende Diskussion über die Wurzeln der Religion entstanden. Dabei unterscheidet man vermehrt zwischen den Wurzeln, die im gesellschaftlichen Sein, und jenen, die im gesellschaftlichen Bewusstsein liegen: den sozialen im Unterschied zu den gnoseologischen und psychologischen Wurzeln.

Soziale Wurzeln der Religion sind historisch überwindbar mit der Beherrschung der Natur durch den Menschen und der Beseitigung der antagonistischen

Klassengesellschaft. Anders verhält es sich mit den *gnoseologischen Wurzeln*. A. D. Suhov fragt in seinem grundlegenden Werk «Die Religion als gesellschaftliches Phänomen» (Moskau 1973), «wie unter dem Einfluss bestimmter sozialer Faktoren der Prozess der Herausbildung der Religion im Bewusstsein des Menschen abläuft»², und kommt zu dem Ergebnis, dass «die gnoseologischen Wurzeln mit der Existenz des denkenden Menschen gegeben seien und in der kommunistischen Gesellschaft noch fortbestehen werden, weil sie in der Struktur des Denkens begründet seien. Darum könne die Religion nicht nur Produkt falscher Erkenntnis bzw. eines verkehrten Erkenntnisinhalts, nicht nur ein Verhalten von Ungebildeten sein.»³ So bleiben nach Suhov auch im Sozialismus die strukturellen Bedingungen des Bewusstseins für die Herausbildung der gnoseologischen Wurzeln der Religion bestehen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Erkenntnis der *psychologischen Wurzeln* der Religion. In Übereinstimmung mit Lenin definiert K. K. Platonov den Begriff so: «Die psychologischen Wurzeln der Religion sind jene spezifischen Merkmale des individuellen und Gruppenbewusstseins, die die Möglichkeit der Entstehung von Erscheinungen der religiösen Psychologie bestimmen.»⁴ Kritik an der bisherigen Religionstheorie übt er mit der Feststellung, dass man zu wenig beachtet habe, dass Erscheinungen der religiösen Psychologie «neben gleichen sozialen und historischen Bedingungen nur durch die allgemeinmenschlichen Merkmale der Psyche (des individuellen Bewusstseins)» bestimmt seien; «denn das individuelle Bewusstsein ist auch die Psyche des Menschen als Persönlichkeit»⁵.

Folgerungen aus dem Neuansatz

Diese Ausführungen sowjetischer Religionswissenschaftler lassen erkennen, dass die gnoseologischen und psycholo-

gischen Wurzeln der Religion durch gesellschaftliche Veränderungen nicht ohne weiteres beseitigt werden können, weil sie durch *allgemeine anthropologische Merkmale* bestimmt sind. Diese wirken auch in der sozialistischen Gesellschaft weiter. Nach Platonov käme es deshalb umso mehr auf eine individuelle Behandlung der Gläubigen durch die sozialistische Ideologie an: «Das Wesen der persönlichen Behandlung kann man auf die These reduzieren: alle äusseren Bedingungen, die auf den Menschen wirken, werden vermittelt durch die inneren, die auch seine Persönlichkeit ausmachen.» Darum genüge es nicht, sich nur in den sozialen Einflüssen auf die Persönlichkeit auszukennen. «Wenn man sich in den Ursachen der Religiosität einer konkreten Persönlichkeit orientieren will, muss man sich auch in der Persönlichkeit selbst zurechtfinden.»⁶ Noch weiter geht Z.W. Balevič: «Entgegen den Beteuerungen einiger Atheisten, die die Spezifik der religiösen Gefühle leugnen, hat das religiöse Erleben keine Analogie zu anderen Erlebnissen erwachsener Menschen.»⁷

Für die sowjetische Religionswissenschaft sind diese Einsichten durchaus neu. Inwieweit Religiosität damit zum Wesen des Menschen genuin dazugehört, das geht aus diesen Untersuchungen (noch?) nicht expressis verbis hervor. In der Konsequenz würde sich das nahelegen, allerdings auch Grundaussagen des historischen Materialismus in Frage stellen und damit einige ideologische Probleme heraufbeschwören. Als Ziel dieser Forschungen wird deshalb immer wieder angegeben, dass es darum gehe, das materialistische Verständnis der Religion zu verbessern und damit eine wirksamere wissenschaftliche und atheistische Arbeit in der Praxis zu ermöglichen. Das sollte jedoch nicht daran hindern, den Wandel in der Auffassung von Religion zu erkennen, ernst zu nehmen und neue Tendenzen für möglich zu halten.

Kirche und Gesellschaft in der DDR

Die hier aufgezeigte Entwicklung in der marxistischen Religionswissenschaft der UdSSR lässt sich auch in der DDR nachweisen und hat dort sogar schon einen relativ allgemeinverbindlichen Standard erreicht.

Ein neues Interesse an Kirche und Religion

Schon in den 60er Jahren hob O. Klohr, bis heute die religionssoziologische Kapazität der DDR schlechthin, einen Aspekt hervor, der inzwischen nichts an Bedeutung verloren hat. Unter Hinweis auf Engels und Lenin vertritt er die These, es wäre falsch, atheistische Propaganda um des Atheismus willen zu betreiben. Die atheistische Propaganda dürfe sich nicht auf eine Gegenposition zu Religion und Christentum beschränken, es komme vielmehr darauf an, die breiten Massen und vor allem auch die *Christen in den Aufbau des Sozialismus aktiv miteinzubeziehen*: «Die weltanschaulich-atheistische Propaganda darf somit die christlichen Werktätigen nicht davon abhalten, sich an unserem grossen Aufbauwerk zu beteiligen. Sie muss vielmehr zwei Aufgaben zur gleichen Zeit bewältigen: die idealistischen Vorurteile erschüttern und abbauen und gleichzeitig das Vertrauen der Christen zur Partei und damit die moralisch-politische Einheit unseres Volkes stärken.»⁸ Mit seiner Feststellung, «das Bedürfnis nach Religion verschwinde nicht durch Zwang», weshalb der «Marxismus-Leninismus jede politische Kriegserklärung an die Religion ablehne»⁹, setzte O. Klohr seinerzeit Akzente in der Atheismuskonversation und Religionssoziologie, die sich in der Praxis des Staat-Kirche-Verhältnisses nicht unerheblich ausgewirkt haben.

Noch einen wesentlichen Schritt weiter ging Klohr jüngst in einem «Exklusivbeitrag» für die katholische Zeitschrift «begegnung», wo er sich dezidiert zum *Dialog zwischen Marxisten und Christen*

äussert. Auf die Frage nach dem «Warum» eines solchen Dialogs erklärte Klohr, inzwischen sei weltweit auf beiden Seiten die Einsicht gereift: «Die heutigen Probleme der Menschheit können von keinem Land, von keiner Klasse, von keiner Gruppe allein gelöst werden . . .», sie «zwingen zu gemeinsamem Handeln aller Menschen, denen Friede, Leben, Gerechtigkeit, menschliche Würde und Menschenrecht, Freiheit und Demokratie mehr als nur Schlagworte bedeuten.»¹⁰ Klohr spricht von einem «Aufstand des Weltgewissens»; hier liege auch «die Wurzel, warum die Zusammenarbeit aller zu Frieden und Fortschritt drängenden Menschen und Menschengruppen überhaupt so dringend erforderlich geworden ist. In diesen breiten Strom gliedert sich auch das Zusammenwirken von Kommunisten und Gläubigen ein»¹¹.

Für grundlegend hält es O. Klohr, «dass das Gespräch von beiden Seiten gewollt und aufrichtig ist; oder anders: Es muss auf die Aufrichtigkeit des anderen vertraut werden, damit der Dialog gewollt wird».¹² Dass dieser Dialog «nicht leicht» ist, «einerlei zu welchen Problemen», dessen ist sich Klohr bewusst: «Er fordert gegenseitiges Verstehen, Toleranz, Freimütigkeit, gegenseitige Achtung, Orientierung am Gemeinsamen. Diese Bedingungen haben bekanntlich im Umgang zwischen Menschen stets gewisse Schwierigkeiten, aber sie erfordern besondere Anstrengungen im Umgang zwischen Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen».¹³ Im vollen Bewusstsein um die bleibenden weltanschaulichen Unterschiede ist Klohr dennoch auf der «Suche nach Gemeinsamkeit», denn diese stärkt «das unabdingbare Vertrauen, während die Suche nach Gegensätzen Misstrauen nicht abbaut». Gerade Vertrauen aber ist notwendig, wenn es um die Frage geht, «warum und wie Marxisten und Christen gemeinsam für Frieden, Abrüstung und friedliche Koexistenz zusammenwirken

können», denn schliesslich soll der Dialog «in praktische Zusammenarbeit für diese hohen Menschheitsziele einmünden»¹⁴.

Kirche im Sozialismus

Man kann das neue Interesse an Kirche und Religion mit Fug und Recht als das Ergebnis eines jahrzehntelangen für Partei und Staat oft mit erheblichen «ideologischen Schmerzen» verbundenen Lernprozesses bezeichnen. Aber auch der Lernprozess der Kirche, an dessen Ende das Selbstverständnis steht, das mit der Formel «Kirche im Sozialismus» ausgedrückt wird, war nicht weniger schmerzhaft.

Eine wichtige Markierung auf diesem Weg stellte jene Begegnung zwischen leitenden Persönlichkeiten von Staat und Kirche dar, die auf Einladung von Erich Honecker am 6. März 1978 in Berlin stattfand – noch ein Jubiläum in diesem Jahr, dem man auf beiden Seiten mit einiger Hoffnung auf eine weitere Entkrampfung im beiderseitigen Verhältnis entgegenseht. Entscheidend für die seitdem gestärkte Position der evangelischen Kirche ist, dass sie die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht mehr in Frage stellt, dass sie eben Kirche *im* Sozialismus, nicht neben dem Sozialismus oder gar gegen den Sozialismus sein will. Mit den Worten von Altbischof Schönherr: «Kirche im Sozialismus heisst auch, an den Problemen und Errungenschaften der Gesellschaft, in der wir leben, mittragend teilzunehmen, konkret unterscheidend mitzuarbeiten, eigenständig und eigenprofiliert zu bleiben.»¹⁵

«Kirche im Sozialismus», das gleicht einer stetigen *Gratwanderung zwischen Konfrontation und Anpassung*. «Die Kirche darf sich in der DDR nicht ‚einigeln‘, aber auch nicht als ‚Sammelbecken einer Opposition‘ verstehen. Ausgeschlossen sind totale Anpassung und totale Verweigerung.»¹⁶ Die Kirche ist somit weder Integrations- noch Oppositionskraft. Es gibt beide Tendenzen gleichzeitig, denn

es handelt sich um ein permanent variierendes Verhältnis, in dem diese Gratwanderung gelebt wird. Auf der einen Seite etwa verbindet die Kirche sich nicht mit Oppositionsgruppen, indem sie ihnen eine organisatorische Basis gäbe; auf der anderen Seite aber tritt sie für das Recht auf abweichende Meinungsäusserung ein, indem sie von der SED unterdrückten Stimmen – wie Liedermachern und Schriftstellern – die Möglichkeit der Artikulation im Kirchenraum einräumt.

Die katholische Variante von «Kirche im Sozialismus»

Anfang September 1986 hat die Berliner Bischofskonferenz ein Schreiben verabschiedet, das sie an die Priester und Diakone der katholischen Kirche in der DDR versandte. In diesem Hirtenwort nehmen die elf Bischöfe und Weihbischöfe Stellung zur gegenwärtigen Situation der katholischen Kirche in der DDR und ziehen Folgerungen für das pastorale Wirken.¹⁷

Ihre Sicht einer gesellschaftlichen Wirksamkeit der Kirche für das Wohl der Menschen gründen die Bischöfe insbesondere auf zwei Prinzipien. So stellen sie zum einen fest, dass der Glaube die gesellschaftlichen Gegebenheiten nicht ausklammert: «Auch diese sind dem Willen Gottes gemäss zu ‚heiligen‘ und vom Geist Christi her zu durchdringen. Das gilt auch in einer Gesellschaftsform, in der eine atheistische Weltanschauung zugleich mit ihrem Wahrheitsanspruch auch einen Totalitätsanspruch für alle Lebensbereiche erhebt und diesen politisch durchzusetzen versucht.» Zum anderen drücken sie die neue Erkenntnis aus, «dass die sozialistische Gesellschaftsordnung ebenso unter Gottes Herrschaft steht wie die kapitalistische oder sonst irgendeine Ordnung dieser Welt»¹⁸. Von diesen Prinzipien her halten die Bischöfe es nicht für «ausgeschlossen, dass es zwischen Staat und katholischer Kirche zu einem Gespräch

über Fragen kommen könnte, die gemeinsam interessieren und für die jeder in seiner Weise Verantwortung trägt, beispielsweise die Frage der Stabilisierung der Ehen und Familien, der Solidarität zwischen den Generationen oder der Bewertung des ungeborenen Lebens bis hin zur Frage der Darstellung der Kirche und christlichen Religion in Schul- und Lehrbüchern.»¹⁹

Beispiele aus der Praxis in der UdSSR

Die Entwicklung oder genauer gesagt die Wandlung – «Perestroika» – im Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der UdSSR soll an einigen Aspekten der Praxis erörtert werden.

Neue Religionsgesetze

Der stellvertretende Generalsekretär der Christlichen Friedenskonferenz, Erzpriester George Goncharow, beurteilt aus russisch-orthodoxer Sicht die neuere Entwicklung in seinem Land ausserordentlich positiv. In einem Gespräch mit der «Lutherischen-Welt-Information» (lwi) in Genf am 9. März 1987 sieht er die Stellung der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) im heutigen sowjetischen Reformprozess darin, dass sie «der Inbegriff der moralischen Erneuerung der Gesellschaft sein» solle. Er verneinte, dass es in diesem Bereich der ethischen Erneuerung «einen wirklichen Konflikt» zwischen der KPdSU und der ROK gebe. Beide wollten einen «hohen moralischen Standard» des Volkes. Bei einem systematischen Vergleich des Moralkodex von Kommunisten und gläubigen Christen gebe es verblüffende «Ähnlichkeit in vielen Punkten».²⁰

Die Hoffnung von Goncharow auf eine gedeihliche Entwicklung in den Beziehungen zwischen Partei und Staat auf der einen und Kirche und Gläubigen auf der anderen Seite werden bestärkt durch eine wichtige Neuerung in der sowjetischen Gesetzgebung über den Status von Religion und Kirche. Das «Journal des Moskauer Patriarchats» weist mit Recht

darauf hin, dass wohl die wichtigste Änderung «*die Anerkennung der religiösen Vereinigungen als juristische Personen*»²¹ ist. Im Rahmen dieses Statuts darf eine religiöse Vereinigung «notwendige Bauten errichten oder kaufen, Transportmittel erwerben, ebenso kirchliche Artikel, Kultgeräte. Der Erwerb von Gebäuden unterliegt den Bestimmungen notarieller Verträge über Handel und Kauf. Derartig erworbene Gebäude gehen in das Eigentum der religiösen Vereinigung über.»²² – Bisher waren alle kirchlichen Gebäude Staatseigentum, sie wurden den registrierten religiösen Vereinigungen verpachtet. Wenn eine religiöse Vereinigung aus irgendeinem Grunde aufgelöst wurde, fiel der gesamte Besitz an den Staat. Neu ist auch, dass für die Kranken- und Gefangenenseelsorge sowie für religiöse Rituale in Heimen die Erlaubnis der Lokalverwaltung nicht mehr nötig ist.

Dass mit den aufgezeigten Veränderungen noch nicht das Ende der Reformmöglichkeiten erreicht sein dürfte, lassen Äusserungen des Erzpriesters Goncharow in dem bereits erwähnten Gespräch erhoffen. Goncharow betont, dass «Vertreter der ROK an den der neuen Gesetzgebung für die Religionsgemeinschaften vorausgehenden Gesprächen mit Regierungsexperten beteiligt (seien), damit bei den auf diesem Gebiet bereits eingeleiteten Reformen die Interessen der Kirche gewahrt würden»²³.

Gleb Jakunin als Prüfstein für Glasnost und Perestroika?

Seit über 20 Jahren ist der Priester Gleb Jakunin eine Symbolfigur unter den Dissidenten in der UdSSR. Jakunin hatte Ende 1965 (zusammen mit Nikolaj Esli-man) durch ein aufsehenerregendes Memorandum an die Spitzen von Staat und Kirche auf verfolgte Christen in der UdSSR aufmerksam gemacht. Im Mai 1966 hatte ihm Patriarch Aleksej die Ausübung des Priesteramtes verboten. 1975 legte Jakunin, zusammen mit Lew Regelson, der 5. Vollversammlung des

ÖRK in Nairobi eine Schilderung der seiner Ansicht nach wirklichen Lage der Kirchen in der UdSSR vor. 1976 gründete er zusammen mit zwei weiteren orthodoxen Gläubigen das «Christliche Komitee zum Schutz der Rechte der Gläubigen». Im August 1980 erfolgte seine Verhaftung. Nach fünf Jahren Straf Arbeitslager wurde er am 5. Februar 1987 vorzeitig aus der anschliessenden fünfjährigen Verbannung freigelassen.

Anlässlich einer inoffiziellen Pressekonferenz vermerkte Jakunin positive Anzeichen am gegenwärtigen Erneuerungsprozess. Im Vertrauen auf diese Erkenntnis wandte er sich mit einer Eingabe an Gorbatschow. Zusammen mit acht orthodoxen Gläubigen forderte er am 23. Mai 1987 unter Berufung auf die allgemeine «Umgestaltung» im öffentlichen Leben eine Umgestaltung auch des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. So dürfe die seit Jahren erwogene Revision der Kultgesetzgebung von 1929 nicht bei unbefriedigenden Änderungen stehen bleiben. Vor allem wird dabei § 17 der Verordnung von 1929 hervorgehoben, «der die elementarsten Rechte der Gläubigen diskriminiert und ihnen das für ihr Gewissen unannehmbare Verbot von Werken der Barmherzigkeit, der Wohltätigkeit und eines sozialen Gemeindelebens auferlegt»²⁴. Die weiteren Vorschläge beziehen sich auf die Herausgabe religiöser Literatur, auf die Aufhebung des Verbots aussergottesdienstlicher Versammlungen der Gläubigen in den Kirchen, die Erlaubnis zur religiösen Unterweisung, die Rückgabe besonders verehrter Reliquien, des Kiewer Höhlenklosters etc.

Jakunin und die übrigen Unterzeichner sind sich bewusst, dass eine offene Stellungnahme dieser Art vor nicht allzu langer Zeit sie die Freiheit gekostet hätte. Jetzt aber weht ein anderer Wind, und der Ruf nach Öffnung, Erneuerung und Demokratisierung ermuntert sie, ihr Eintreten für die Freiheit von Religion und Kirche fortzusetzen. Die Metropoliten

Juvenalij von Kruticy und Filaret von Kiew bewerteten am 11. Juni in Moskau auf einer ihrerseits einberufenen Pressekonferenz diese öffentlich eingebrachte Eingabe «als Bruch des von Priester Gleb Jakunin gegebenen Versprechens», und sie «erklärten warnend, dass er – sollte er weiterhin an ähnlichen Aktivitäten teilnehmen – von jeglicher klerikalen Tätigkeit innerhalb des Moskauer Patriarchats entbunden würde»²⁵.

Dennoch wurde Jakunin zur Jahresmitte zum Pfarrer der «Kirche des Schutzmantels der allerheiligsten Mutter Gottes» in Scelkovo, einem 90'000 Einwohner zählenden Ort rund 35 Kilometer nordöstlich von Moskau, ernannt. Er liess sich auch nicht von der Warnung des Metropoliten abhalten, zusammen mit fünf anderen Mitunterzeichnern seine Forderung nach einer Änderung der sowjetischen Religionsgesetzgebung in einem Brief vom 12. August an Parteichef Gorbatschow erneut darzulegen: «Wir fordern eine grundlegende Änderung der Religionsgesetzgebung und eine echte Demokratisierung derselben, damit das Verhältnis des Sowjetstaates zu den gläubigen Bürgern von nun an auf eine rechtliche und echt demokratische Grundlage gestellt wird.»²⁶ Auf diesen Brief erhielt Gleb Jakunin die folgende Antwort: «Ihr Brief wurde vom obersten Sowjet zur Prüfung ans Justizministerium weitergeleitet. Wir teilen Ihnen mit, dass gegenwärtig von den dazu befugten Staatsorganen die Arbeit an der Verbesserung der Religionsgesetzgebung vorgenommen wird. Ihre Vorschläge werden im Verlaufe dieser Arbeit erörtert werden. (V. I. Morodinskij, Stellvertretender Direktor der Abteilung Gesetzgebung über den Staatsaufbau).»²⁷

Praktische Fortschritte in der DDR

Drei Kirchentage in zwei deutschen Staaten

Kennzeichnend für den praktischen Fortschritt in der Entwicklung des Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR waren

die drei Kirchentage des Jahres 1987 in Frankfurt/Main, Berlin/Ost und Dresden. Nach dreissigjähriger Distanz zu den westdeutschen Evangelischen Kirchentagen, deren gesamtdeutsche Tradition der SED suspekt war, entsandte die Partei zum diesjährigen 22. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt ein ranghohes ZK-Mitglied. Professor Otto Reinhold, Rektor der Parteiakademie für Gesellschaftswissenschaften, diskutierte unter anderem mit Altbischof Albrecht Schönherr über die Rolle der «Ideologien im Ost-West-Verhältnis», aber auch über das Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR. Sein Auftritt signalisierte die Bereitschaft der DDR-Führung, vor kirchlichem Publikum und nach den Spielregeln der Kirchen in den deutsch-deutschen Dialog zu treten. Eine Woche später folgte die Teilnahme des DDR-Botschafters Krabatsch an einem Forum über Frieden und Menschenrechte beim Ost-Berliner Kirchentag.

In ähnlicher Breite und Unvoreingenommenheit wie bei diesem Kirchentag Ende Juni berichteten Fernsehen und SED-Presse auch über das Katholikentreffen Mitte Juli 1987 in Dresden, so dass die hier wie dort erhobene Forderung nach Anerkennung der Normalität des christlichen Lebens schier schon erfüllt schien. Seit langen Jahren wurden erstmals wieder westliche Reisekorrespondenten in grosser Zahl zu kirchlichen Veranstaltungen zugelassen. Auf der Schlussveranstaltung des dreitägigen Treffens, zu dem rund 80'000 Katholiken aus allen Teilen der DDR nach Dresden gekommen waren, betonte der Berliner Bischof Kardinal Joachim Meisner die Bereitschaft der Katholiken zu einer aktiven Mitwirkung in der DDR: «Wir sollen und wollen nicht Zuschauer in der Geschichte des Wortes Gottes in unserem Land sein, sondern Mitwirkende.»²⁸

Der «Olof-Palme-Marsch»

Der im September in der DDR veranstaltete offizielle «Olof-Palme-Friedens-

marsch für einen atomwaffenfreien Korridor» bot kirchlichen Gruppen eine bis dahin nicht gekannte Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit staatlichen Organisationen und zur Darstellung eigener, auch vom offiziellen Sprachgebrauch abweichender Positionen in der Friedensfrage. Zwischen dem 1. und 18. September haben sich von Stralsund bis Dresden, von Wittenberg bis Ost-Berlin Gruppen von Christen und mit ihnen zusammen immer wieder auch nichtchristliche Bürger, die sonst nahezu keine Artikulationsmöglichkeit ausserhalb der offiziellen Schienen haben, auf den Weg gemacht, um gemeinsam mit Delegierten der Betriebe, mit Sportlern, FDJlern etc. für konkrete und weiterführende Abrüstungsmassnahmen in beiden deutschen Staaten und in der CSSR einzutreten.

Die Kirche, die zu begleitenden Aktivitäten wie Friedensgebeten und Pilgerzügen einlud, hatte dem DDR-Friedensrat vorher deutlich signalisiert: Ohne die Tolerierung des einst so bekämpften kirchlichen Abrüstungssymbols «Schwerter zu Pflugscharen» und anderer Konkretionen christlicher Friedenshoffnung ist eine Zusammenarbeit nicht möglich. In den meisten Fällen ist das von den örtlichen Funktionären begriffen, teilweise mit Zähneknirschen hingenommen, zum Grossteil im Zuge des «neuen Denkens» aber positiv bewertet worden. So hatte mancher Strassenpassant oder Kundgebungsteilnehmer Gelegenheit, sich verwundert die Augen zu reiben. Parolen gegen die Wehrpflicht, für zivilen Ersatzdienst, für Friedenslehre statt Wehrunterricht, aber auch für die ersehnten inneren Konsequenzen einer echten Entspannungs- und Dialogpolitik beherrschten zeitweise das Blickfeld. «Atomwaffenfrei – waffenfrei – frei» war etwa in Dresden zu lesen. «Weiter so Gorbi!» erhielt der sowjetische Parteichef Zuspruch. Auch das damals brandneue SPD-SED-Dialogpapier spielte bereits eine Rolle: «Für eine Kultur des politischen Streites, hier und nicht nur heute.»

Diese *öffentliche Aktionseinheit von Kirche und Staat auf der Basis gemeinsamer Abrüstungsforderungen* gab es so bisher nicht in der politischen Landschaft der DDR; lediglich die Veranstaltungen zum Lutherjahr 1983 dürften damit halbwegs vergleichbar sein. Die Veranstaltungsordnung der DDR von 1980 lässt kirchliche Aktivitäten nur in eigenen Räumen und nur bei Wahrung des «religiösen Charakters» zu. Nun gab es sogar kirchliche Veranstaltungen, die auch eindeutige politische Zielsetzungen beinhalteten: Der kirchliche Pilgerweg von Ravensbrück zur Gedenkstätte Sachsenhausen und das Friedensforum in Dresden waren ausgewiesene Bestandteile des Veranstaltungskalenders des nationalen Palme-Komitees. Dazu passt, dass kirchliche wie staatliche Redner die Notwendigkeit eines innergesellschaftlichen Dialogs und dessen Zusammenhang mit äusserem Frieden betonten. So etwa Dietrich Affeld in Stralsund: «Die Glaubwürdigkeit der Bemühungen unseres Landes um mehr Vertrauen zwischen Ländern und Völkern . . . wird gestärkt durch den Zuwachs an Vertrauen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften in unserem eigenen Land.»²⁹

Der Konflikt um die «Umweltbibliothek»

Das «Zweckbündnis Staat – Kirche» geht manchen Gruppen zu weit oder ist ihnen in anderer Weise suspekt – auch dies eine Parallele zur Situation in der UdSSR. Während einige, vor allem Kirchenmitarbeiter und aktive Gemeindeglieder, ihre Kritik hauptsächlich gegen verkrustete Strukturen in der Kirche, gegen zu wenig Stellen für die sozialdiakonische Arbeit und zuviel Geldverschwendung für Repräsentationsobjekte, gegen Hierarchisierung und Privilegien der Kirchenleitung («Dauerwestvisabesitzer») richten, monieren andere vor allem, dass die evangelische Kirche sich zu sehr habe einbinden lassen in die realsozialistischen Verhältnisse. Damit

habe sie sich selbst der Möglichkeit begeben, Tabuthemen aufzugreifen oder zuzulassen und Schutzraum für Minderheiten zu bieten.

Diese *Kritik des «rebellischen» Kirchenvolkes* bereitet der Kirchenleitung erhebliches Kopfzerbrechen. So äusserte Generalsuperintendent Günter Krusche vor dem Kirchentag in Ost-Berlin: «Kritische Distanz und Verweigerung können nicht das einzige gesellschaftliche Zeugnis der Kirche sein.»³⁰ Mit den Erwartungen und der Haltung «Wir wollen Asyl, aber nicht Euren Glauben» sei die Kirche schlichtweg überfordert. Hingegen betonte der thüringische Pfarrer Schilling, der seit Jahren «Offene Arbeit» betreibt, wie wichtig es sei, Minderheiten nicht auszugrenzen: «Die Kirche verliert ihre Zukunft, wenn sie diese Gruppen verliert.»³¹

Die Spannung mit diesen sogenannten «Gruppen», ja überhaupt der Umgang mit ihnen birgt durchaus Konfliktstoff für das Verhältnis von Staat und Kirche. Im wesentlichen handelt es sich um Friedensgruppen, Drittwelt- und vor allen Dingen Umweltgruppen, die sich in der Kirche oder am Rande der Kirche gebildet haben und wo auch eine ganze Reihe von Nichtchristen im Freiraum der Kirche sich für diese Fragen einsetzen möchten.

Ein besonders signifikantes Beispiel sind die jüngsten Vorgänge rund um die Zionskirche in Ost-Berlin. Die Auseinandersetzungen hatten in der Nacht zum 25. November mit einer Durchsuchung der von einer kirchlichen Initiative getragenen «Umwelt-Bibliothek» begonnen. Bei der Aktion, für die es seit der Ulbricht-Ära keine Parallele gibt, wurden Papiere und Vervielfältigungsgeräte beschlagnahmt sowie Mitarbeiter und Freunde der «Umwelt-Bibliothek» festgenommen. Die Aktion richtete sich gegen die von der Kirche unabhängige Initiative «Frieden und Menschenrechte», deren hektographierter Informationsdienst «Grenzfall» der Auslöser der Polizei-

massnahmen war. «Grenzfall» ist ein seit 1986 erscheinendes Periodikum, für dessen Herstellung und Verbreitung in der DDR eine staatliche Genehmigung erforderlich ist. Aber die Umweltschützer hatten eben keine solche Lizenz; sie gingen davon aus, dass sie sozusagen unter dem Dach der Kirche tätig seien, als ein Teil der Gemeinde, und dass die Kirche das Recht habe, eigene Publikationen herauszugeben.

Politisch erwies sich der Vorgang für die DDR als fatal. Eine so grosse Presse in der BRD und darüber hinaus hatte die DDR seit dem Bonn-Besuch Honeckers im September nicht mehr erlebt. Der Vorgang gab Tageszeitungen aller Couleurs und den Fernseh- und Hörfunkredaktionen tagelang Stoff für Schlagzeilen. Zudem ist das wahrscheinliche Ziel der Aktion, die Gruppenszene zum Schweigen zu bringen, nicht erreicht worden. Die Basisgruppen für Frieden, Menschenrechte und Umweltschutz wurden zwar aufgeschreckt, aber nicht mundtot gemacht oder voneinander isoliert. Im Gegenteil kam es bei den Mahnwachen in der Zionskirche, den täglichen Informations- und Protestversammlungen in dieser und anderen Kirchen – auch in anderen Städten der DDR – und bei einem abendlichen Schweigemarsch mit brennenden Kerzen durch den Ost-Berliner Bezirk Prenzlauer Berg zu einer neuen Solidarität der Gruppen untereinander und mit den Kirchenverantwortlichen. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ermutigte in einem Kanzelwort vom 29. November «ihre Gemeinden und deren Gruppen, ihre in der Friedensdekade verstärkt aufgenommenen Aktivitäten für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung unbeirrt und geduldig fortzusetzen. Die Kirchenleitung geht davon aus, dass die Tätigkeit der evangelischen Gemeinden und ihrer Gruppen nicht beeinträchtigt werden darf.»³²

So gesehen stellt sich dieser Vorgang als Panne, als schwerer politischer Fehler

dar. Ihn zu korrigieren, war Aufgabe des Staatssekretärs für Kirchenfragen Klaus Gysi in intensiven Gesprächen mit der Ost-Berliner Kirchenleitung, die naturgemäss ebenfalls grösstes Interesse an einer Deeskalation hatte. Mit dem Erfolg, dass auf Mitteilung der Ost-Berliner Staatsanwaltschaft vom 8. Januar 1988 sämtliche in dieser Sache hängigen Verfahren endgültig eingestellt wurden.

Die Behandlung dieser Vorgänge illustriert, wie intensiv beide Seiten an der Konfliktbegrenzung interessiert sind, um keinen Zweifel an der Irreversibilität der vertrauensvollen Kooperation aufkommen zu lassen. Das Dilemma liegt darin, dass der Staat von der Kirche erwartet, dass sie die Gruppen entweder integriert – damit wären sie überschaubar – oder sich von ihnen distanziert. Eine Kooperation mit diesen nicht nur kirchen-, sondern mehr noch gesellschaftskritischen Gruppen würde die Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse in Frage stellen. Nach Meinung von Propst Heino Falcke aus Erfurt muss die Kirche sich hier einer *neuen Gratwanderung* stellen: «Sie wird zu fragen haben, welche Sachanliegen müssen hier vertreten werden, und sie wird sich, wenn diese Sachanliegen gesellschaftskritisch wirken, diese Anliegen auch zu eigen machen. Nicht so, dass die Kirche hier zur Oppositionspartei im Staat wird. Das ist nicht ihre Funktion. Wohl aber so, dass sie fragt, welche politische Verantwortung haben wir als Christen in der Friedensfrage, in der Umweltfrage wahrzunehmen, und wenn hier auch von Nichtchristen dieses Anliegen vertreten wird, werden wir uns damit verbinden können. Die Kirche muss unbedingt die Gruppen da in Schutz nehmen, auch wenn sie sich nicht mit allem identifizieren kann, was dort als Position und Kritik geäussert wird.» Nach Falcke muss die Kirche beim gegenwärtigen gesellschaftlichen Stabilisierungstrend «besonders sensibel sein für diese Gruppen, die die Defizite unserer Gesellschaft beim Namen nennen

und uns bewusst machen, wieweit die Selbstzufriedenheit, die es in unserer Gesellschaft auch ziemlich intensiv gibt, von den Zielen entfernt ist, die die sozialistische Gesellschaft sich selber setzt»³³. Verständnis für diese Gratwanderung der Kirche äusserte Staatssekretär Klaus Gysi während eines Informationsbesuches im Ökumenischen Zentrum in Genf Ende November 1987. Er vertrat die Ansicht, dass es auch infolge der gegenwärtigen Situation keine «Eiszeit» zwischen Kirche und Staat in der DDR geben werde. Gysi meinte: «Wir haben viel mehr mit dem Christentum gemeinsam, als was uns unterscheidet. Was uns aber unterscheidet, das braucht uns nicht zwingend zu trennen.» Darüber hinaus setzte sich der Staatssekretär für eine weltweite «Koalition der Vernunft» von Marxisten und Christen ein, die aus «einer erstaunlichen Übereinstimmung bei der Beurteilung der Probleme unserer Zeit» resultieren könne. So gesehen begrüsse der Staat «die Mitarbeit der Kirchen der DDR in der Ökumene und in den kirchlichen Weltbünden». Gysi sagte, die Kirche in der DDR «sei eine völlig normale Erscheinung und nicht etwa ein Störfall»³⁴.

1 «Hoffnung auf Frühling». Ein Brief aus der CSSR, in: Korrespondenzblatt der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Nr. 4, April 1987, S.52. (Der Name des Verfassers ist der Redaktion bekannt.)

2 Zitiert nach R. Zander: Abkehr vom dogmatischen Atheismus, in: Kirche im Sozialismus, Nr. 3, Berlin/West 1978, S.17.

3 A.a.O.

4 A.a.O., S.19.

5 A.a.O.

6 A.a.O., S.21.

7 A.a.O., S.22.

8 O. Klohr, Probleme des wissenschaftlichen Atheismus und der atheistischen Propaganda, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 12. Jg., H.2, 1964, S.138f.

9 Ders., Religion und Atheismus heute. Ergebnisse und Aufgaben marxistischer Religionssoziologie, Berlin/DDR 1966, S.22.

10 Ders., Nicht Taktik, sondern objektive Notwendigkeit – Anmerkungen zum Dialog von Christen und Marxisten, zitiert nach: epd-Dokumentation, Frankfurt/Main, Nr.25, 1987, S.55.

11 A.a.O.

12 A.a.O., S.56.

13 A.a.O.

14 A.a.O.

15 Zitiert nach: P. Wensierski, Thesen zur Rolle der Kirche in der DDR, in: Kirche im Sozialismus, Nr.5, 1981, S.29.

16 Bischof Schönherr, zitiert a.a.O.

17 Zitiert wird dieses Dokument nach dem Kommentar: Kurskorrektur. Hirtenwort der katholischen Bischöfe in der DDR vom 8. September 1986 zu «Katholische Kirche im sozialistischen Staat» von B. Brenner, in: Materialdienst des konfessionskundlichen Instituts Bensheim, Nr.1, 1987, S.16f.

18 A.a.O., S.17.

19 A.a.O.

20 Abgedruckt in: lwi, Monatsausgabe, Nr.4, Genf, 21. April 1987, S.9f.

21 Zitiert nach einem Bericht in: lwi, Wochenausgabe, Nr.12, Genf, 10. April 1986, S.16f.

22 A.a.O.

23 Monatsausgabe, Nr. 4, a.a.O., S.10.

24 Glaube in der 2. Welt, Nr.7/8, 1987, S.10.

25 A.a.O.

26 Glaube in der 2. Welt, Nr.11, Zollikon 1987, S.7.

27 A.a.O.

28 Zitiert nach: Deutsches Pfarrblatt, Nr. 8, Darmstadt 1987, S.338.

29 Zitiert nach: Kirche im Sozialismus, Berlin/West, Nr.5/87, S.183.

30 Zitiert nach: Kirche im Sozialismus, Nr.4, 1987, S.145.

31 A.a.O.

32 Zitiert nach: epd-Dokumentation, Frankfurt/Main, Nr.52/87, S.72.

33 Zitiert nach: Kirche im Sozialismus, Nr.2, 1987, S.63.

34 Zitiert nach: lwi, Monatsausgabe, Nr.12, Genf, vom 18. Dezember, S.2.

(Der Verfasser hat sein Manuskript am 9. Februar 1988 abgeschlossen. Die seitherigen Auseinandersetzungen in der DDR um die «Umweltbibliothek», die Herausgeber der Broschüre «Grenzfall» und den Liedermacher Stefan Krawczyk konnten darum nicht mehr berücksichtigt werden. Red.)

Spannungen und Konflikten. Ich muss allerdings zugeben, dass ich teilweise auch ratlos bin. Das engere Zusammenleben, das zunehmend komplizierter wird, und bestehende Ungleichheiten, die auch nicht kleiner werden, machen mehr Gesetze nötig, die zu mehr Gesetzesverletzungen und folglich zu mehr Klagen und Anklagen führen. Anders wäre es, wenn wir der Erziehung, der Mitmenschlichkeit, dem Vertrauen und ethischen Forderungen mehr Aufmerksamkeit schenken würden!

Mir fällt auf, dass immer mehr Menschen sich mit einem ersten Gerichtsentcheid nicht zufriedengeben können. Ich schliesse mich durchaus ein.

Der Bundesrat strebt seit Jahren den Abbau des Pendenzenberges von unerledigten Geschäften durch die vorübergehende Erhöhung der Zahl der Ersatzrichter und Urteilsredaktoren an, letztmals 1983. Der damalige SP-Nationalrat Rolf Weber aus Arbon stellte vergeblich den Antrag auf Nichteintreten. Statt dessen schlug er eine definitive Erhöhung der Zahl der Bundesrichter vor. Das wäre sauber und ehrlich gewesen, aber Bundesrat und Parlament wollten mehrheitlich nicht. Auch anlässlich der Revision des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege wurde diese grundsätzliche Lösung deutlich abgelehnt: Eine Ausweitung des Justizapparates verhindere eine einheitliche Anwendung des Rechts und sei der Rechtsfortentwicklung hinderlich, als ob eine Aufblähung des Bundesgerichts durch Ersatzrichter diese Gefahr nicht noch viel grösser machte!

«Lösung» auf Kosten der Rechtsuchenden

Alt Nationalrat Weber hat Recht bekommen: Die Übergangszeit von vier Jahren ist abgelaufen und der Pendenzenberg ist Ende 1987 bei rund 1400 unerledigten Geschäften fast gleich gross geblieben! Versprechungen der Bundesrichter und Hoffnungen des Parlaments

sind geplatzt: Der Bundesrat schlägt eine erneute Verlängerung bis 1991 vor! Es besteht kaum Zweifel: Die beiden Räte werden in der ersten und zweiten März-Woche in gleicher Weise entscheiden. Und in vier Jahren folgt die nächste Verlängerung – und Verlegenheit! Wenn das nicht unwürdiges Flickwerk ist!

Die Hoffnung der uneinsichtigen bürgerlichen Mehrheit steht auf tönernen Füßen, die auch noch brüchig sind: Die Revision des bereits erwähnten Organisationsgesetzes, die zur Zeit bei einer ständerätlichen Kommission liegt, soll das Annahmeverfahren bringen, das heisst die Möglichkeit für das Bundesgericht, Begehren von Rechtsuchenden abzulehnen, wenn sie nicht von grundsätzlicher juristischer Bedeutung sind. Der Nationalrat hat diese Neuerung, die im Gegensatz zur schweizerischen Tradition steht, aus demokratischen Gründen deutlich verworfen. Es sieht aber aus, als ob Bundesrätin Kopp und der Ständerat diese schlechteste «Lösung» auf Biegen und Brechen durchsetzen wollten. Die Überlastung des Bundesgerichts soll ausgerechnet auf Kosten der Rechtsuchenden behoben werden!

Ich erinnere mich: In Bern, im Departement Kopp, gab es den Pendenzenberg unerledigter Asylgesuche, und auch damals wurde das Vollzugsproblem zu Lasten der Schwachen, der Betroffenen «gelöst»! Hansjörg Braunschweig

Corrigendum: Wieland Zadernach hat das Manuskript seines Beitrags im Februarheft nicht am 9. Februar abgeschlossen, wie es dort auf Seite 52 heisst, sondern am 9. Januar 1988.